

JUSTIZ

# „Ein gefährlicher Luxus“

Das Beispiel Uganda: Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag soll Kriegsverbrecher zur Rechenschaft ziehen. Doch seit Jahren ist kein einziges Urteil ergangen. Kann das Recht den Frieden erzwingen, oder ist der Traum von globaler Gerechtigkeit töricht?



THUIS / HOLLANDE HOOGTE / LAIF (L.); REPORTERS / LAIF (R.)

**Ankläger Moreno-Ocampo, Internationaler Strafgerichtshof in Den Haag, Massenmörder Kony:** *Ein Urwaldfürst mit bis zu 60 Frauen und 1200*

Calvin Ocora hat Angst, wenn es irgendwo raschelt im Busch. Jederzeit, überall könnte es wieder so kommen wie an jenem Mai-Tag, den er knapp überlebte.

Ocora war unter dem Mangobaum eingeknickt, und nur das hat ihm wahrscheinlich das Leben gerettet. Wäre es nicht so heiß gewesen und hätte der Baum nicht so angenehme Kühle gespendet, wäre Ocora mit seinen acht Ziegen wohl schon wieder im Dorf gewesen, als das Inferno über Lukodi im Norden Ugandas hereinbrach.

So aber schreckte Ocora aus dem Schlaf, als er ein Rascheln vernahm. Geistesgegenwärtig rollte er sich in einen Graben in Deckung und rannte los – fort von den Rebellen, die gerade aus dem Busch traten, Jugendliche in Tarnanzügen, die auf den Pfiff ihres Anführers wahllos das Feuer aus Kalaschnikows eröffneten.

Calvin Ocoras Familie – Mutter, Schwester, Brüder, Tochter – kam ums Leben. Am Ende ihres Blutauschusses türmten die Killer die 56 Leichen auf einen Haufen und legten Feuer: So machen sie es immer, die Leute von der Lord's Resistance Army (LRA) unter ihrem Kommandeur Joseph Kony. 100 000 Tote in den vergangenen zwei Jahrzehnten gehen auf das Konto des mörderischen Sektengurus. Die Toten – so sagt er – seien erlöst, und wenn er erst mal die Macht in Ugandas Hauptstadt Kampala übernommen habe, will er einen Staat strikt nach den Zehn Geboten errichten.

Joseph Kony ist ein Teufel, der vorgibt, in Gottes Auftrag zu handeln. Er hat sich zurückgezogen in den Dschungel und sammelt neue Kindersoldaten um sich. Jederzeit können sie wieder aus dem Busch brechen, mit ihren Kalaschnikows, Leichenberge aufschichten, Menschen, die fliehen

wollen, verstümmeln, Arme, Beine abhacken, die Lippen, die Ohren.

Ocora hat sich eine neue runde Hütte mit Palmdach gebaut. Nachts ist der Mann, der seine Familie verlor, von Alpträumen geplagt. Tags hadert er mit Luis Moreno-Ocampo.

Luis Moreno-Ocampo weiß nichts davon. Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag flätzt sich im elften Stock mit Blick in den grauen Regenhimmel der niederländischen Residenz der Weltgerechtigkeit. Dreitagebart, die Beine auf dem riesigen Schreibtisch aus hellem Wurzelholz, der Argentinier ist chronisch gut drauf. Er hat die Mission, Frieden durch Recht über die Welt zu bringen.

Im Falle Afrika geht es voran: Zwölf Haftbefehle gegen die wichtigsten Gewalttäter des Schwarzen Kontinents sind un-

terwegs – vier Politiker und Milizenführer aus dem Kongo sitzen bereits in Scheveninger Untersuchungshaft. Nun geht es auch gegen den mutmaßlichen Massenmörder Kony. Der Weltenrächer spricht leise und schnell: „Wir helfen in Afrika, wir schützen Afrikas Opfer, Afrika hat uns zu Hilfe gerufen.“

Na ja, Calvin Ocora jedenfalls nicht. „Die westliche Strafjustiz bringt uns dem Frieden nicht näher. Wir könnten längst Frieden haben ohne Den Haag.“

Schwert seiner Beschuldigungen in Afrika niedersausen lässt, oft erntet er nicht, wie er es aus seiner Sicht verdient, Dankbarkeit und Befriedigung, sondern Proteststürme.

Es ist zum Verzweifeln – die Weltjustiz, ein Unternehmen, getragen von 108 Vertragsstaaten, könnte schon an ihrem ersten und größten Projekt scheitern: Frieden zu schaffen im gewaltgepeinigten Afrika.

Große Teile der Welt haben sich gerade erst wieder gegen ihn gestellt, als er im

des Friedens“ im Sudan haben. Wieder und wieder hatte der Völkermord-Präsident Verhandlungen über Darfur angekündigt, während seine Truppen „töten, Dörfer zerstören, Frauen vergewaltigen“ (Moreno-Ocampo).

Frieden oder Gerechtigkeit? Im fernen Deutschland meinte sogar die „Frankfurter Allgemeine“ in einem Leitartikel das richtige Rezept gegen die Gewalt in Afrika zu kennen: Wo Politiker so engagiert um den Frieden streiten, seien strafrechtliche Anklagen gegen afrikanische Machthaber „ein gefährlicher Luxus“.

So ähnlich würden das die Leute aus Lukodi auch ausdrücken. Sie haben sich nach dem Massaker nicht getraut, ihre runden Lehmhütten mit den Palmwedeldächern wieder genau dort aufzubauen, wo sie zuvor gestanden hatten. Neu-Lukodi liegt heute 100 Meter westlich von den Trümmern des alten Ortes, die längst der Busch überwuchert hat.

Edise Adong wurde bei dem Überfall schwer verletzt. Die Frau sieht mit 40 aus

**„Die Kämpfer müssen unter Lebensgefahr flüchten, Kony lässt Zweifler ermorden.“**

wie 70, sie ist zu schwach, sich lange auf den Beinen zu halten. Sie kann sich nicht vorstellen, wozu man den Teufel Kony in einer Zelle in Den Haag einsperren will, die luxuriöser ausgestattet ist als das beste Hotelzimmer in der nahen 100 000-Einwohner-Stadt Gulu.

Doch, sagt Ocora, Gerechtigkeit müsse sein. Nur habe man in Uganda eben eigene Methoden: „Wir müssen vergeben, auch die Täter brauchen eine Chance.“

Manchmal trifft Ocora in der Nachbarschaft die Mörder von damals. „Wir unterhalten uns sogar, denen sind ihre Taten heute unendlich peinlich. Gott wird sie eines Tages richten.“ Die Täter der Lord's Resistance Army laufen frei herum, viele sind in die Dörfer zurückgekehrt, aus denen Kony sie einst entführen ließ. Für sie hat die Regierung unter Präsident Yoweri Museveni eine wohl einzigartige Regelung geschaffen. Seit 2000 gewährt sie jedem, der seine Waffen niederlegt, Straffreiheit ohne Bedingungen.

Die zentrale Kommission für Amnestie residiert in einer viktorianischen Villa im Zentrum von Kampala. Die Wände des Hauses könnten einen neuen Anstrich brauchen. Hier sind zwischen blauen Akkorddecken die Schicksale Tausender Rebellen abgelegt – der größere Teil aus der Lord's Resistance Army. Name, Alter und die Kampforganisation sind dort erfasst. Die meisten sind Kindersoldaten, entführt, gequält und zum Kampf gezwungen.

Der Staat gewährt ihnen Pardon, egal, was sie angerichtet haben. „Es ist die ein-



ERIC MILLER / ILLUSTRIERUNG

ergeben Krieger, der vorgibt, in Gottes Auftrag zu handeln

Der Haftbefehl Moreno-Ocampos nämlich kam ausgerechnet, als Konys Emissäre mit der Regierung am Verhandlungstisch saßen und ein Friedensvertrag manchem in greifbarer Nähe schien. Kony will nicht unterzeichnen, ehe der Bann der Haager Richter von ihm genommen ist. Im Kongo, gleich drüben hinter der Grenze, versteckt er sich, ein Urwaldfürst mit bis zu 60 Frauen und wohl 1200 ergebenen Kriegern.

Seit einigen Wochen hat die Armee ihre Bombardements wieder aufgenommen, und trotzdem haben seine Häscher allein um Weihnachten 400 Menschen ermordet. Vorvergangene Woche dann ließ die LRA in Kampala vorfühlen, ob denn wohl doch wieder Verhandlungen möglich seien.

Ist es das, was dieser Mister Moreno-Ocampo für Frieden durch Recht hält?

Die Frage erhebt sich immer öfter. Nicht nur in Uganda, wo immer der Mann das

Sommer verkündete, einen Haftbefehl wegen Völkermordes und Kriegsverbrechen gegen den sudanesischen Staatschef Umar al-Baschir beantragt zu haben.

Die Afrikanische Union wandte sich wütend an den Sicherheitsrat, er möge den Ankläger in Den Haag in seine Schranken weisen. Die Arabische Liga empörte sich über die Ungeheuerlichkeit, einen Staatschef verhaften zu wollen. Der Sudan-verbündete China äußerte „große Besorgnis“. Libyen und Südafrika stimmten ein und versuchten, das Verfahren gegen Baschir im Sicherheitsrat zu blockieren.

Dass die allzu offene Suche nach Gerechtigkeit den Frieden nur störe, hatte zuvor schon der Uno-Generalsekretär Ban Ki Moon zu bedenken gegeben: Ein Haftbefehl gegen Baschir, warnte er den Ankläger, würde „sehr ernsthafte negative Auswirkungen auf den Einsatz zur Erhaltung

zige Möglichkeit, sie aus dem Busch zu locken“, sagt Bruhan Ganyana Miuro. Der Kommissar für die Region West-Nil ist stolz auf die Bilanz der Amnestie-Kommission. „Wir haben allein 12 000 Kämpfern aus der LRA vergeben und sie ins Zivilleben zurückgebracht.“ Das muss Kony, der zu seinen besten Zeiten höchstens ein paar tausend Krieger unter Waffen hatte, enorm geschwächt haben.

Das Konzept Vergebung unterminiert den Anspruch des Weltgerichts, Recht und Gerechtigkeit als etwas Unausweichliches gerade in den von Gewalt verwüsteten Staaten der Dritten Welt zu installieren. Das Signal aus Den Haag, so drückt es der deutsche IStGH-Richter Hans-Peter Kaul aus, müsse eine „weltweit ständig sichtbare Leuchtreklame“ gegen die Gesetzlosigkeit sein, man könne es nicht „einfach ausschalten wie eine Stehlampe, die man nicht mehr sehen will“.

Besorgt beugen sich Völkerrechtler darum über die afrikanischen Riten des Schuldausgleichs. Der Kölner Rechtsprofessor Claus Kreß, einer der Berater des Haager Weltgerichts, hat in einer Studie die Frage untersucht, ob die verbreitete Neigung von Politikern, Friedensgespräche mit Amnestie-Versprechen zu verbinden, eine neue „lex pacificatoria“ im Völkerrecht entstehen lässt – ein Schwamm-drüber-Prinzip, das Versöhnung vor Gerechtigkeit gehen lässt. Kreß' Ergebnis: „Politische Entscheidungsträger müssen von einem Vorrang des internationalen Strafrechts ausgehen. Das schließt Blanko-Amnestien zumindest für die Hauptverantwortlichen aus.“

Ocoras Modell der Vergebung ist also, an Haager Maßstäben gemessen, völkerrechtswidrig. Doch was gilt das Völkerrecht im Herrschaftsbereich des Rebellenführers Joseph Kony?

Im kühlen Den Haag hat Ankläger Moreno-Ocampo eine klare Antwort: „Ugandas Regierung hat unsere Hilfe angefordert.“ Moreno-Ocampo legt die Jacke ab und krepelt sich die Ärmel hoch. Leise, schnell, entschlossen: „Ich wende das Gesetz an und setze es durch, in einer Welt ohne Recht.“

Über Radiosender und Flugblätter hat die Regierung ihr Amnestie-Angebot publik gemacht. Es hat eine Weile gedauert, bis sich die ersten Kämpfer aus dem Busch trauten. „Die müssen unter Lebensgefahr von ihrer Kampfgruppe flüchten. Kony lässt Zweifler in seinen Reihen ermorden.“

Meist wenden sich die traumatisierten Menschen an die Polizei oder an Hilfsorganisationen, die den Kontakt zur Amnes-



Massaker-Überlebende in Lukodi\*: Jede Nacht Alpträume



Kony-Opfer (2007): „Die Täter brauchen eine Chance“

tie-Kommission herstellen. Dort wird unbürokratisch ein Amnestie-Zertifikat ausgestellt. Auch nach Jahren des Gemetzels muss sich niemand einer Gewissensprüfung stellen, allein das Geständnis, gegen die Regierung gekämpft zu haben, reicht.

Frieden zuerst, das ist die Moral der Verängstigten und Geplagten, der Opfer von Joseph Kony und der hilflos durch die Wüste irrenden Vertriebenen des sudanesischen Staatspräsidenten und Massenmörders Baschir. „Aber Frieden und Gerech-

**Frieden ist die Tochter von  
Recht, Krieg ist die  
Ausgeburt von Unrecht.**

tigkeit“, zitiert Moreno-Ocampo den Uno-Generalsekretär, „gehen Hand in Hand.“

Gut – aber wie anfangen? Hat nicht der Uno-Sicherheitsrat selbst dem Menschen-schinder Kony Bereitschaft signalisiert, im Falle eines Friedensvertrags von seinem Recht Gebrauch zu machen, das Verfahren in Den Haag zu suspendieren?

Natürlich kann es sich das mächtigste Gremium der mächtigsten Staaten nicht leisten, so etwas offiziell zu machen. Und weil Kony zu den zahlreich geplanten Ver-

tragsunterzeichnungen nie erschienen ist, konnte der Sicherheitsrat sich leicht herauswinden. Aber das Signal aus New York ist klar, nicht nur im Fall Uganda, auch in Sachen Baschir diskutiert das Gremium, wie es Moreno-Ocampo in den Arm fallen könne: Frieden hat Vorrang, Gerechtigkeit kommt später.

Frieden oder Recht – was kommt zuerst? Der Bolivianer René Blattmann ist Zweiter Vizepräsident des Weltgerichts. In seiner von schwachem Recht und massiver Gewalt gezeichneten Heimat war er mal Justizminister. Klar, sagt er, das Recht komme zuerst. Begründung? „Irene war in der griechischen Sage die Tochter von Themis, der Göttin der Gerechtigkeit.“ Und der griechische Name Irene heißt nichts anderes als: Frieden.

Frieden ist die Tochter von Recht, Krieg ist die Ausgeburt von Unrecht. Wie konnten, fragt der deutsche Richter Hans-Peter Kaul, Katastrophen wie der Hitlersche Völkermord, die großen Menschheitsverbrechen der Neuzeit im humanistisch beseelten Deutschland, im Schatten des Kulturerbes der Menschheit, denn möglich werden? „Zynismus, Stumpfheit und Gleichgültigkeit gegenüber dem Recht“ – das, sagt Kaul, sei ein großer Teil der Erklärung.

Also doch: Recht vor Frieden. Kaul gilt als einer der Väter des Weltgerichts, der für Deutschland die langen Verhandlungen über das Statut von Rom führte, das Gründungsdokument des „ersten Gerichts, das auf dem freien Willen der Staatengemeinschaft beruht“. Die „Schönheit des Gerichts“, betont der Ex-Diplomat, sei ja gerade seine Unabhängigkeit von der Uno und den Beschlüssen des von der Machtgier der Vetomächte getriebenen Sicherheitsrats.

Ob sie das auch in Uganda verstehen? Moreno-Ocampo zweifelt nicht daran: „Kony hat Kinder angegriffen, im Kongo, in Uganda, im Süden Sudans und in der Zentralafrikanischen Republik. Das ist ein Angriff gegen die Menschenrechte. Das ist Unrecht in Afrika wie in Deutschland.“

Der Ankläger präsentiert „zwei wissenschaftliche Untersuchungen“, die belegen, dass er in Uganda verstanden wird: Nur 1,8 Prozent der Befragten im Norden kennen die einheimischen Riten, den IStGH kennen immerhin 28 Prozent. Und 60 Prozent stimmten dafür, Kony zu verurteilen. Von wegen Frieden vor Recht: „Kony hat die Friedensmission missbraucht, um neue Waffen zu kaufen und Kindersoldaten zu entführen.“ So wird das nichts.

Um Frieden zu schaffen in Uganda, spendiert die Amnestie-Kommission jedem

\* Calvin Ocora (I.), Edise Adong (M.).

ihrer Klienten eine Schaumstoffmatratze, möglichst in den Nationalfarben Schwarz-Gelb-Rot, einen Satz Töpfe, eine Hacke, einen Trinkwasserkanister und 263 000 Schilling, umgerechnet rund hundert Euro. Der Staat hilft bei der Jobsuche, bezahlt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

„Es muss attraktiver werden aufzugeben, als weiterzukämpfen“, sagt Ganyana Miuro, „das Gemetzel muss aufhören, das ist unser erstes Ziel.“ Sogar Joseph Kony könnte nach dieser Lehre aus dem Wald treten und unter dem Schutz der Amnestie in ein ziviles Leben zurückkehren.

So wurde es schon bei Slobodan Milošević und bei Charles Taylor gelehrt. Als 1999 Louise Arbour, die Chefanklägerin des Jugoslawien-Tribunals, den einstigen serbischen Diktator öffentlich der Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezichtigte, zuckten all die Friedensmächte zusammen, die zur gleichen Zeit zum Schutz der Menschenrechte der Kosovaren Bomben auf Belgrad warfen.

„Fatale Folgen für jeglichen Kompromiss“ auf dem Balkan, so erinnert sich Arbour, seien ihr damals prophezeit worden. „Der russische Delegierte sagte, ich hätte dem Verhandlungsprozess die Grundlage entzogen.“

Doch die Geschichte folgte dem Recht: Der Angeklagte Milošević wurde alsbald aus dem Amt gejagt, verhaftet – er starb 2006 während seines Prozesses.

Nicht anders war es beim liberianischen Staatspräsidenten Charles Taylor. Als das internationale Sierra-Leone-Tribunal gegen den Mann, dessen Milizen mehr als 300 000 Tote in Liberia und Sierra Leone auf dem Gewissen haben, Haftbefehl erließ, soll der damalige Uno-Generalsekretär Kofi Annan einen Wutanfall bekommen haben. Die Vereinten Nationen waren gerade dabei, ihn gegen das Versprechen der Strafverschonung und Asyls im Ausland zum Abdanken zu bewegen.

Dem Haftbefehl ist es zu verdanken, dass Taylor, während sein Land Frieden machte, gegen alle Versprechen aus dem nigerianischen Asyl geschleppt und inhaftiert wurde. Heute steht der Schlächter aus Monrovia in Den Haag vor Gericht.

Nicht anders, da ist sich Moreno-Ocampo sicher, wird es bei Staatspräsident Baschir sein: „Ich kann keine Rücksicht auf die Politik nehmen. Ich muss das Gesetz anwenden und durchsetzen.“ Und im Gericht ist sich mancher Beobachter sicher: „Wenn die Richter wirklich den Haftbefehl bestätigen, ist das Baschirs Ende.“ Der Bannstrahl aus Den Haag werde innen-



Ex-Uno-Generalsekretär Annan: Wutanfall nach Haftbefehl



Angeklagter Taylor (2008): 300 000 Menschen auf dem Gewissen

politisch so destabilisierend wirken, dass der Tyrann sich nicht mehr halten könne. Fliehen aber kann er auch nicht: Jedes Land, das den Vertrag von Rom unterzeichnet hat, ist verpflichtet, ihn festzunehmen und auszuliefern. Und bei Gericht sind sie sich sicher, dass es so kommen wird.

Ermutigendes aus dem fernen Afrika: Kofi Annan, ausgerechnet der ehemalige Uno-Chef, der jüngst als Vermittler im kenianischen Bürgerkrieg tätig war, hat ein

**Sogar Joseph Kony könnte im Schutz der Amnestie in ein ziviles Leben zurückkehren.**

versiegeltes Kuvert in seinem Schreibtisch. Das Kuvert stammt von einer kenianischen Untersuchungskommission, die sich mit den blutigen Unruhen von Anfang 2008 befasst hat. Nach den Wahlen fielen in dem afrikanischen Staat Anhänger der Regierung und der Opposition übereinander her. Ein Gewaltausbruch mit über tausend Toten.

Die Namen von sechs Ministern und mehreren Parlamentariern stehen auf einer Liste in dem Umschlag. Diese Männer sollen die Pogrome angezettelt haben. Wenn es nicht gelingt, dass Kenia die Tragödie aus eigener Kraft aufarbeitet, soll Annan

das Kuvert bei Moreno-Ocampo abgeben. „Unsere Politiker versuchen, sich herumdrukken“, kommentiert die bekannte kenianische Fernsehjournalistin Beatrice Marshall die nationale Rückversicherung in Den Haag: „Aber ein Klima der Straflosigkeit darf es nicht geben.“

Recht oder Frieden? Kenia ist gespalten. 55 Prozent befürworteten bei einer Umfrage einen Strafprozess gegen die Schuldigen – aber 47 Prozent würden eine Amnestie-Regelung vorziehen.

Und wenn Kony wirklich kommt? Wenn es raschelt im Busch und der mit weltweitem Haftbefehl gesuchte ugandische Rebellenführer um Amnestie bittet?

Im Dörfchen Pawel, 30 Kilometer von Neu-Lukodi entfernt, sitzt von einem Palmdach gegen den schweren tropischen Regen geschützt der weise Jonas Kutiotte. Kutiotte ist Dorfältester, im Umgang mit reuigen Verbrechern hat er eine lange Erfahrung: „Zunächst müsste Kony eine Ziege mit sich führen.“ Das käme einem Eingeständnis seiner Schuld gleich.

Die Ziege schlachtet er gemeinsam mit den Opfern, zum Beispiel den Ältesten eines überfallenen Dorfes. Aus der Wurzel des Oput-Baumes und dem Blut des Tieres

wird dann ein bitterer Trank gebraut. „Täter und Opfer knien nieder, falten die Hände auf dem Rücken und trinken gemeinsam aus einer Schüssel. Dann ist die Schuld vergeben. Das Leben kann weitergehen.“ Außerdem muss eine Entschädigung, und sei sie symbolischer Natur, geleistet werden.

„Mato Oput“ heißt das wichtigste Versöhnungsritual nach einer Gewalttat. Die Acholi im Norden legen so seit Jahrhunderten ihre Konflikte bei. „Unsere Tradition ist sehr stark. Sie kann Frieden stiften. Sogar Kony wäre danach sicher vor Racheakten“, sagt Kutiotte.

In der traditionellen afrikanischen Sichtweise sind Vergeltung und Strafe weniger wichtig. Es geht darum, in einem öffentlichen Zeremoniell die Ehre der Opfer symbolisch wiederherzustellen. Vor aller Augen räumt der Täter seine Schuld ein. Eine Studie der Caritas in Gulu behauptet, Mato Oput sei sogar in der Lage, die schweren psychischen Traumata zu lindern, die Opfer wie die Leute von Lukodi erlitten haben.

Deshalb baut Calvin Ocora aus Lukodi lieber auf Mato Oput als auf Luis Moreno-Ocampo. Nachts träumt er schlecht. Tags sitzt er allein unter seinem Mangobaum und wartet.

Doch der Mann mit der Ziege kommt nicht.

THOMAS DARNSTÄDT, JAN PUHL, HELENE ZUBER